

Einzig (abschließende) Beratung:

Chancengleichheit verbessern - Studentenwerke stärken.

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/428 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/915

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Dr. Silke Lesemann (SPD):
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen
und Herren! Glückliches Nordrhein-Westfalen!
Ein Viertel der für die Hochschulen vorgesehe-
nen Mittel aus dem Konjunkturpaket II erreicht
dort die zwölf Studentenwerke. Das sind 120
Millionen Euro und ca. 10 Millionen Euro pro
Studentenwerk - Geld für die Sanierung von
Wohnheimen und Mensen. Eine kluge Entschlei-
dung! Denn mit dieser Zukunftsinvestition wird
die Attraktivität der Studienstandorte zwischen
Weser und Rhein langfristig erhöht. Armes Nie-
dersachsen hingegen! Denn uns erwächst im
Wettbewerb um Studierende ein großer Konkur-
rent. Junge Menschen achten bei der Wahl ihres
Studienortes immer mehr auch auf die Qualität
von Serviceleistungen vor Ort.

Schauen wir einmal, was hierzulande passiert!
So paradiesisch, wie Sie sie uns immer wieder
verkaufen wollen, sind die Zustände hier nämlich
nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die hiesigen Studentenwerke erhalten nur einen
kleinen Brocken aus dem Konjunkturpaket II.
Angemeldet hatten sie einen Bedarf von 70 Mil-
lionen Euro für dringende Investitionen in Wohn-
heime, Mensen und Cafeterien. Weniger als 10
Millionen Euro sollen sie nun erhalten. Insbe-
sondere in den Wohnheimen gibt es an einigen
Standorten größte bauliche und energetische
Sanierungsstaus. Das Studentenwerk Göttingen
beispielsweise hat einen Sanierungsbedarf von
37,3 Millionen Euro, das in Hannover Bedarfe in
Höhe von 28,5 Millionen Euro. 70 % der hanno-
verschen Wohnheime sind älter als 30 Jahre.

Durch das Abitur nach Klasse 12 und die Hoch-
schulreform sind die Studierenden künftig zahl-
reicher, jünger und internationaler, aber auch
mobiler. Das hat etwas mit der Schulzeitverkür-
zung, dem doppelten Abiturientenjahrgang und
der politisch gewollten Erhöhung der Studieren-
denquote zu tun. Wohnheimplätze werden künf-

tig noch gefragter sein. Herr Minister, wenn es
Ihnen mit der Ausweitung der Internationalisie-
rung ernst ist, müssten Sie hier wesentlich mehr
tun. Schon jetzt werden in Hannover zwei Drittel,
in Braunschweig fast 50 % und in Göttingen
ungefähr ein Drittel der Plätze von ausländi-
schen Studierenden belegt.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfra-
ge?

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Nein, ich bin ein bisschen knapp in der Zeit. Es
tut mir leid.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das wird nicht ange-
rechnet!)

- Trotzdem nicht. - Viele Wohnheime - siehe
Hannover - sind baulich und technisch nicht
mehr zeitgemäß. Wie Studierende mit Kindern
oder auch behinderte Studierende in den nach
dem Standard der 60er-Jahre gebauten Wohn-
heimen unterkommen können, ist uns ein Rätsel.
Hier ist wirklich dringender Handlungsbedarf
gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Nun fordert der Änderungsvorschlag von CDU
und FDP die Prüfung des Bedarfs von Wohn-
heimplätzen. Meine Damen und Herren, wenn
Sie im Ausschuss zugehört hätten, wüssten Sie,
dass dies schon erfolgt ist. Wir sind im Aus-
schuss bereits immer wieder mit Material vom
MWK versorgt worden, in dem der Bedarf fest-
gestellt wurde, vor allem in Göttingen, Hannover
und Braunschweig. Zum Beispiel in Göttingen
gibt es einen Bedarf von 400 zusätzlichen
Wohnheimplätzen, in Hannover einen solchen
von 250 zusätzlichen Wohnheimplätzen. Die
Studentenwerke werden in dem Änderungsvor-
schlag zu unserem Antrag in diesem Zusam-
menhang aufgefordert, für Bauunterhaltung und
Sanierung der Wohnheime Rücklagen zu bilden.
Die Realität ist doch so: Wohnheime müssen
kostendeckend bewirtschaftet werden. Mietkal-
kulatorisch werden Rücklagen bereits jetzt gebil-
det. Im Falle von älteren Wohnheimen ist ausrei-
chende Rücklagenbildung schwierig, will man
die Mieten nicht in schwindelerregende Höhen
treiben. Deshalb fordern wir die Aufnahme der
Studentenwohnheime in den Förderkatalog des
Niedersächsischen Wohnraumfördergesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Ausschuss gefordert, dass hierfür zusätzliche Mittel in den Topf eingebracht werden müssen. Grundsätzlich ist das in Niedersachsen - wie in anderen Bundesländern - ebenfalls möglich. Also weg mit der Förderlücke und Aufnahme der Wohnheime in den Förderkatalog! Doch auch hier verweigern sich CDU und FDP. Die Regierungsfractionen benachteiligen die Studentenwerke nun doppelt. Sie verweigern die Förderung nach dem Wohnraumfördergesetz, und sie verweigern eine ausreichende Förderung aus dem Konjunkturpaket II. Herr Stratmann, wie soll der Studienstandort Niedersachsen unter diesen Bedingungen attraktiver werden?

Wenn es der Landesregierung mit ihrer Absicht ernst ist, mehr Studienplätze für mehr Studierende zu schaffen, muss sie vermehrt in die sozialen Rahmenbedingungen investieren. Dazu gehört auch die von uns geforderte zehnpromtente Anpassung der Finanzhilfen. Immerhin hat der Minister den Studentenwerken letztes Jahr 1,3 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Herausgekommen sind gerade einmal 500 000 Euro. Die Regierungsfractionen rühmen sich mit einer vermeintlich großzügigen Ausstattung der Studentenwerke. Doch schauen wir nach Baden-Württemberg! Dort erhalten die Studentenwerke neben knapp 20 Millionen Euro noch weitere Mittel für Wohnen und Verpflegung. Im Jahre 2007 erhielten sie Mittel in Höhe von 7,5 Millionen Euro für den Wohnheimbau. Im Jahre 2008 waren es 9 Millionen Euro. In Bayern ist es ähnlich. Das alles sind Gelder, die in Niedersachsen mit der Abschaffung des Mensazentralfonds und der Zuschüsse für ältere Wohnheime gestrichen wurden.

Nun noch ein paar Worte zu Ihrer Forderung, Hochschulen und Studentenwerke mögen bei der Studien- und Finanzierungsberatung zusammenarbeiten: Das tun sie doch schon längst. Zusammenarbeit ist immer gut. Momentan verweisen die Hochschulen in aller Regel auf die Studentenwerke. Die Hochschulen selbst bieten keine Studienfinanzierungsberatung an. Das sollten Sie eigentlich wissen. Durch die Einführung von Studiengebühren hat die Landesregierung die Situation für die Studierenden verschärft, ohne dass mehr Mittel für die Finanzierungsberatung zur Verfügung gestellt wurden. Wer gerade eben noch Taschengeld erhalten hat, soll jetzt über die Kreditaufnahme und langfristige Verschuldung entscheiden. Wir meinen, die Kompetenzen der Studentenwerke auf diesem Gebiet sollten ausgebaut werden. Stellen Sie endlich Geld dafür bereit!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben unseren Antrag bereits im September eingebracht. CDU und FDP haben eine abschließende Beratung aber immer wieder verzögert. Nun haben sie einen weichgespülten Änderungsvorschlag vorgelegt, der weit hinter unsere Forderungen zurückfällt und außer Selbstverständlichkeit nicht viel bietet. Immerhin: Die Kompetenzen der Studentenwerke erkennen Sie an. Doch warme Worte nützen nichts. Die niedersächsischen Studentenwerke brauchen eine vermehrte Förderung, d. h. in erster Linie Geld und keine warmen Worte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)